

**Gestiegene Krankenkassenprämien** Schub für die nächste Einheitskasseninitiative / Kantongelder für ambulante OPs (und andere TA-Artikel), *TA vom 29. 9.*

# Das Gesundheitswesen mit Lohnbeiträgen finanzieren

Tages-Anzeiger Ausgabe  
vom 4. Oktober 2017

**Das andere Versicherungsmodell.** In keinem OECD-Land bezahlt die Bevölkerung auch nur annähernd so viel an die Kosten der Gesundheitsversorgung aus dem eigenen Sack. Das liegt an dem unseligen Krankenkassensystem, dessen Prämien für die Superreichen gleich hoch sind wie für die Working Poor. Für Letztere eine Riesenbelastung, darum bezieht bereits über ein Drittel der Versicherten Prämiensubventionen. Wir alle müssen immer mehr selber bezahlen, da sich der Staat aus seiner Verantwortung stiehlt: Ambulante Behandlungen werden gefördert, was an sich sinnvoll, weil billiger ist - aber ambulante Behandlungen gehen voll zulasten der Krankenkassen, bei stationären zahlt der Staat rund die Hälfte. Ausserdem kürzen die Kantone immer öfter das Geld für die Prämiensubventionen. Die Zeche bezahlt der untere Mittelstand so lange, bis es nicht mehr geht. Dann müssen die Gemeinden mit Sozialhilfe einspringen. Würden die Kosten des

Gesundheitswesens analog der AHV finanziert, sähe es anders aus: Die AHV nimmt bei 8,4 Prozent Lohnabzug jährlich 40 Milliarden Franken ein. Die obligatorische Krankenversicherung kostet 28 Milliarden pro Jahr. Der Arbeitnehmerbeitrag von 2,9 Prozent macht bei einem Medianlohn von 6100 Franken gerade mal 177 Franken pro Monat für die Leistungen der Krankenkasse aus. Damit brauchts keine Prämiensubventionen mehr.

*David Winizki, Zürich*